

fraktion intern*

INFORMATIONSDIENST DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

www.spdfraktion.de

NR. 05 · 18.10.2010

*Inhalt

- | | | | |
|----|--|----|--|
| 02 | Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt | 11 | Bundeshaushalt 2011: Soziale Spaltung mit fiskalischen Mitteln |
| 03 | Editorial | 12 | Mindestlohn in der Weiterbildungsbranche |
| 04 | Unwürdiges Geschacher auf Kosten der Schwächsten | 12 | Bankenabgabe = Alibiabgabe |
| 05 | Gesundheit wird teurer | 13 | Offensive für mehr Freiwilligkeit |
| 06 | Für die Atomlobby – gegen die Bevölkerung | 14 | Maklerkosten gerecht verteilen |
| | | 14 | Konsens nicht um jeden Preis |
| | | 15 | Merkel täuscht und enttäuscht die Weltgemeinschaft |
| | | 16 | Personalien, Veröffentlichung |
- Thema Ein Jahr Schwarz-Gelb – Die Bilanz**
- | | |
|----|-------------------------------------|
| 07 | Ein verlorenes Jahr für Deutschland |
|----|-------------------------------------|

Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt

Fortschritt muss neu definiert werden. Lange Zeit galt das Bruttoinlandsprodukt (BIP), also der Gesamtwert aller innerhalb einer Volkswirtschaft hergestellten Waren und erbrachten Dienstleistungen, als Gradmesser für das Wohlergehen und damit die Lebenszufriedenheit der Menschen. Das BIP ist jedoch nur einer von mehreren Indikatoren für das Wohlergehen einer Gesellschaft. Es erfasst viele Dimensionen von Lebensqualität und ökonomischer Zukunftsfähigkeit nicht.

Es hat keinen tragfähigen Bezug zu Klima- und Umweltpolitik. Zusammen mit den Schäden durch Klimawandel haben wir bereits heute faktisch ein negatives Wachstum und leben damit von der eigenen Substanz. In den herkömmlichen Bilanzen der Volkswirtschaft bildet sich das ebenso wenig ab wie die künftigen Kosten eines unterlassenen Klimaschutzes.



Fortschritt ist mehr als nur BIP-Wachstum

Deshalb gilt es, einen neuen Wohlstands- bzw. Fortschritts-Indikator zu entwickeln, der die Aspekte der sozialen und ökologischen Qualität des Wachstum stärker gewichtet und Fragen individueller Lebensqualität, sozialer Gerechtigkeit, intakter Umwelt, Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe Rechnung trägt. Der Fortbestand der Industriegesellschaft und die Zukunft der Arbeit hängen immer stärker von neuen Wachstumsmodellen ab, die Teilhabe, Verteilungsgerechtigkeit, Erneuerbarkeit und Effizienz in den Mittelpunkt unserer Wirtschaftspolitik rücken.

Enquête-Kommission „Wohlstand, Wachstum, Lebensqualität“

Welches Wachstum wollen wir? Was bringt mehr Lebensqualität? Wie organisieren wir breitere Teilhabe am Wohlstand? Wie garantieren wir die

globale Tragfähigkeit des Wohlstandsversprechens? Diese Diskussion muss politisch aufgenommen und vorangetrieben werden. Wir wollen die Verbindlichkeit der Erkenntnisse erhöhen und Handlungsempfehlungen erarbeiten. Das ist die Aufgabe einer Enquête-Kommission „Wohlstand, Wachstum, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestages, die SPD und Bündnis 90/Die Grünen gemeinsam fordern.

Die Diskussion um die Grenzen herkömmlichen Wachstums und um die Bedingungen von Lebensqualität ist nicht neu. Doch mit den jüngeren sozialen Verwerfungen und ökologischen Krisen gewinnt sie neue Aktualität. Eine breite Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger sehen die Notwendigkeit einer umfassenderen Definition von Fortschritt. Sie lehnen ökologischen Raubbau ebenso ab wie eine permanente Steigerung des beruflichen Drucks auf Kosten der Gesundheit und der Familie. Freiheit und Selbstbestimmung haben einen hohen Wert.

Aufgaben der Enquête-Kommission

Aufgabe der Enquête-Kommission ist es, eine Bestandsaufnahme bisheriger Maßstäbe von Fortschritt bzw. Wohlstand sowie ihrer Defizite vorzunehmen. Darauf aufbauend soll sie die zentralen Dimensionen von Lebensqualität und gesellschaftlichem Fortschritt definieren und ihre Einflussfaktoren bestimmen. Die Enquête-Kommission soll die Auswirkungen nachhaltigen Wirtschaftens auf die Arbeitswelt analysieren und einen zukunftsfähigen Arbeitsbegriff entwickeln.

Neues Wirtschaften braucht grundlegende, gesellschaftliche Veränderungsprozesse. Die Enquête-Kommission soll diese kulturellen Dimensionen erforschen und Vorschläge erarbeiten, um die notwendigen gesellschaftlichen Debatten und Veränderungen, auch durch politische Rahmenseetzungen, zu befördern.

Worten müssen Taten folgen

Die Enquête-Kommission soll aus den gewonnenen Erkenntnissen und Leitideen konkrete Handlungsempfehlungen für die nationale, europäische und internationale Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik entwickeln und Schritte hin zu einem neuen Wirtschaften definieren, das ökonomische, ökologische und soziale Zielvorstellungen in Einklang bringt.

Mein Standpunkt

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

unverantwortliches Handeln ist auch nach der parlamentarischen Sommerpause Maßgabe dieser schwarz-gelben Bundesregierung. Frau Merkel macht der Atomlobby mit der Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke ein milliardenschweres Geschenk. Wir erleben damit nicht nur eine desaströse Politik des Rückschritts, die Bundesregierung entfacht auch breite Proteste um ein gesellschaftspolitisches Reizthema. Das sogenannte Energiekonzept zeigt uns allen einmal mehr wofür Schwarz-Gelb wirklich steht: reine Klientelpolitik. Um die Sorgen der Menschen macht sich diese Regierung keine Gedanken, obwohl die Mehrheit der Bevölkerung Atomkraft ablehnt.



Umso verheerender, dass erst im Nachhinein zufällig herauskommt, wie in Geheimverträgen an unserem Parlament und der Öffentlichkeit vorbei den Stromkonzernen weitergehende Zusagen gemacht wurden. Es kann nicht sein, dass bei den Menschen der Eindruck entsteht, die Stromkonzerne diktierten der Politik die Marschroute. Das ist fatal und schadet dem Ansehen unserer Demokratie.

Wir werden uns in den kommenden Wochen auch intensiv mit den Vorschlägen von Ministerin von der Leyen zur Reform von Hartz IV auseinandersetzen. Die Vorschläge zur Erhöhung der Regelsätze um 5 Euro und das sogenannte „Bildungspaket“ lehnen wir ab. Die minimale Erhöhung um 5 Euro ist intransparent und scheint uns willkürlich zustande gekommen. Deswegen prüfen wir die Berechnung von Frau von der Leyen genauestens. Unter den derzeitigen Voraussetzungen können wir den Vorschlägen im Parlament jedoch nicht zustimmen. Wir wollen dagegen neue Wege aus der Arbeitslosigkeit aufzeigen und mehr Menschen in Jobs bringen, für die sie gerecht entlohnt werden. Dazu brauchen wir endlich den Mindestlohn in Deutschland. Dazu brauchen wir keine Bildungsgutscheine für einen Teil der Bevölkerung, denn damit werden Bildungschancen von Kindern von Langzeitarbeitslosen nicht wesentlich verbessert. Was wir brauchen ist die Verbesserung und der Ausbau der Bildungsinfrastruktur in der Breite, so dass alle Kinder und Jugendlichen mehr Chancen auf Bildung und Teilhabe erhalten.

Wir haben in den nächsten Monaten viel zu tun, denn diese Regierung wird weiterhin Klientelpolitik betreiben. Besonders offensichtlich ist das bei der Gesundheitspolitik. Die Beiträge der Arbeitgeber werden eingefroren, einseitig werden die Arbeitnehmer in Zukunft die Kostensteigerungen tragen müssen. Das ist die Aufkündigung der Solidarität im Gesundheitswesen. Wir werden uns dieser Politik weiterhin entgegenstellen und unsere Oppositionsarbeit mit aller Kraft vorantreiben.

Joachim Poß

Amtierender Fraktionsvorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Unwürdiges Geschacher auf Kosten der Schwächsten

Der Vorschlag von Ministerin von der Leyen bei der Berechnung der Regelsätze im SGB II ist in der vorgelegten Form für die SPD weder im Bundestag noch im Bundesrat zustimmungsfähig. Die Ermittlung der Bedarfe in der Grundsicherung muss verfassungsgemäß sein. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts fordert unmissverständlich eine transparente, sachgerechte und realitätstaugliche Berechnung, die nicht nur das nackte physische Existenzminimum, sondern die materielle Voraussetzung sozialer Teilhabe sichert. Von der Leyen aber gibt Anlass zu der Vermutung, dass Willkür und politische Vorfestlegung dominieren.

Warum sonst wurde die Referenzgruppe auf die unteren 15 Prozent der Einkommen anstelle der üblichen 20 Prozent verringert? Warum sonst wurden einzelne Ausgabenpositionen willkürlich gestrichen?



Wege aus Armut und Abhängigkeit finden

Politisch entscheidend ist für uns, welche Wege aus Armut und Abhängigkeit geöffnet werden.

- Was muss geschehen, damit Arbeit sich wieder lohnt und zu einem existenzsichernden Einkommen führt? Die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns muss kommen. Akut ist der Mindestlohn in der Leiharbeit.
- Was muss geschehen, damit alle Kinder Chancen auf Bildung und Teilhabe bekommen? Es ist dringend erforderlich, dass Städte und Gemeinden sowie Länder ausreichende finanzielle Mittel haben und bereitstellen, um Bildungsinfrastruktur mit Kindertagesstätten, Familienbildungsstätten und Ganztagschulen auszubauen und qualifizierte Betreuer/innen und Lehrer/innen zu beschäftigen. Dazu gehören Schulkantinen, damit alle Kinder ein warmes Mittagessen bekommen können.
- Was muss geschehen, damit jetzt bei anziehender Konjunktur auch Langzeitarbeitslose eine Chance auf Arbeit finden? Die aktive Arbeitsmarktpolitik muss – wie von der Leyen mehrfach zugesagt hat – mindestens auf dem derzeitigen Niveau gesichert werden. Der Wortbruch durch die geplanten massiven Kürzungen von zehn Milliarden Euro in den kommenden vier Jahren muss zurückgenommen werden.

Für bessere Bildungschancen sorgen

Die Bundesregierung hat die Chancen des Bundesverfassungsgerichtsurteils auf mehr Bildung, Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalt bereits jetzt verspielt. Mit ihrem Misstrauen gegenüber Hilfebedürftigen, ihrem Versteckspiel mit den Auswertungen des Statistischen Bundesamtes und ihrem „Bildungspäckchen“ missachtet die zuständige Ministerin von der Leyen die Vorgaben aus Karlsruhe. Wer es mit besseren Bildungschancen für Kinder ernst meint, muss neben finanzieller Hilfe die Infrastruktur massiv ausbauen. Mit Kitas und Ganztagschulen können wir Orte schaffen, an denen tatsächlich jedes Kind individuell gefördert und unterstützt wird - unabhängig von den Eltern.

Daher fordern wir Bildung und Teilhabe - und zwar für alle Kinder in Form eines Rechtsanspruches.

Doch Länder und Kommunen sind mit einer Bildungsoffensive überfordert, solange der Bund sie nicht stärker unterstützt. Deshalb fordern wir eine Nationale Kinderkonferenz, auf der sich Bund, Länder und Gemeinden auf den weiteren Ausbau von Kitas und Ganztagschulen einigen. Dabei muss der Bund in die Tasche greifen, wenn bessere Bildungschancen für Kinder nicht Lippenbekenntnis bleiben soll. Das entspricht dem Urteil aus Karlsruhe, das dem Bund einen Sicherstellungsauftrag erteilt.

Für einen solchen Bildungspakt reichen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten der Bundesregierung die Hand, für unwürdiges Geschachere auf Kosten der Schwächsten unserer Gesellschaft stehen wir nicht zur Verfügung.

Gesundheit wird teurer

Ein Jahr FDP in der Bundesregierung bedeutet: Gesundheit wird teurer, die Versorgung aber nicht besser. Der Beitragssatz wird von 14,9 Prozent auf 15,5 Prozent angehoben. Zudem sollen die Beitragssätze der Arbeitgeber festgeschrieben werden. In Zukunft werden steigende Gesundheitskosten über den Zusatzbeitrag alleinig von den Arbeitnehmern getragen. Die paritätische Finanzierung der Gesundheitskosten wird damit zu Grabe getragen, der Einstieg in die unsolidarische Kopfpauschale durch die Hintertür vollzogen.

Wahlgeschenke an die PKV

Auf der anderen Seite werden die Wahlgeschenke an die privaten Krankenversicherungen umgesetzt: Der Wechsel aus der Gesetzlichen in die Private Krankenversicherung wird erleichtert. Schon im ersten Jahr können leistungsstarke Versicherte, die mehr als 4.162 Euro verdienen, in die PKV wechseln. Bislang war dies erst nach drei Jahren über der Verdienstgrenze möglich. Die GKV fürchten nun, dass sie dadurch schon bereits im nächsten Jahr bis zu 500 Millionen Euro Beitragseinnahmen verlieren werden.

Außerdem sollen die Rabatte, die die GKV mit den Pharmaherstellern immer wieder langwierig aushandelt, auch für die PKV gelten. Die Wahlfreiheit der GKV-Versicherten soll massiv eingeschränkt werden.

Die GKV darf in Zukunft keine Wahlleistungen mehr zusätzlich anbieten, dies soll der PKV vorbehalten sein. Rösler's Gesundheitspolitik übernimmt so Kundenaquise und Vertrieb für die PKV. Der Wechsel des PKV-Lobbyisten Weber ins Gesundheitsministerium hat sich somit sehr schnell bezahlt gemacht.

Geschenke für die Pharmahersteller

Das nächste Lobbygeschenk geht an die Pharmaindustrie. Noch nie wurde auf dem Rücken der gesetzlich Krankenversicherten so offenkundig die Pharmaindustrie beschenkt. Rösler selbst hat zwar großmundig Einsparungen im Arzneimittelbereich als oberstes Ziel ausgegeben. Die zwei Milliarden Euro, die er mit dem neuen Modell der Nutzenbewertung einsparen will, sind aber eine reine Phantasiesumme. Denn im ersten Jahr nach der Zulassung können die pharmazeutischen Hersteller die Preise für Arzneimittel mit nachgewiesenem Zusatznutzen weiter völlig frei festsetzen. Auf der Grundlage dieser Mondpreise sollen dann Verhandlungen mit dem GKV-Spitzenverband über einen Erstattungspreis stattfinden.

Die Hersteller wären dumm, wenn sie ihren Aufwand für zusätzliche Studien, die für die Nutzenbewertung nötig sind, und die zu erwartenden Rabatte nicht im Einstiegspreis berücksichtigen würden. Damit steigen die Preise im ersten Jahr sogar. Am Ende aller Verhandlungen wird dann im günstigsten Fall ein heute bereits üblicher Preis stehen. Billiger werden neue Arzneimittel so jedenfalls nicht.

Patienten müssen mehr zahlen

Völlig inakzeptabel ist die Einführung einer Mehrkostenregelung bei den Rabattverträgen. Damit sollen Patienten andere Arzneimittel wählen können als jene, über die ihre Krankenkasse Rabattverträge geschlossen hat. Die Mehrkosten müssen die Patienten selbst zahlen. Diese Regelung suggeriert, rabattierte Arzneimittel seien schlechter als andere - was nicht zutrifft.

Die Regelung bestellt aber das Feld für ein anderes Vorhaben: die generelle Einführung von Mehrkostenregelungen. Dies wäre der Einstieg in ein System von Grund- und Wahlleistungen, mit dem sowohl das Solidar- und Bedarfsprinzip als auch das Sachleistungsprinzip ausgehebelt würden. Außerdem wird mit der Mehrkostenregelung die Grundlage für die Rabattverträge zerstört. Die Kassen können den Pharmaunternehmen keine Absatzmengen mehr garantieren, weil sie nicht wissen können, ob sich die Patienten für die rabattierten Arzneimittel entscheiden oder andere wählen. Damit werden auch die Einsparungen durch die Rabattverträge aufs Spiel gesetzt.

Beispiellose zusätzliche Bürokratie

Der sogenannte Sozialausgleich ist ein bürokratisches Monstrum. Er erfordert einen riesigen Wust an neuen Daten- und Zahlungsströmen zwischen Kassen, Arbeitgebern und Rentenversicherungsträgern. Schwarz-Gelb schafft damit keinen Ausgleich sondern neue Ungerechtigkeiten.

Weil Finanzminister Schäuble kein Geld dafür hergibt, müssen die kleinen Leute den Ausgleich selber bezahlen. Dafür werden die Reserven der GKV verspielt. Wegen der Vielzahl an komplizierten Einzelfällen geht auch nichts automatisch. Außerdem werden bei der Ermittlung der Belastungsgrenze für den Sozialausgleich Familien mit Kindern benachteiligt, weil sie genauso behandelt werden wie Alleinstehende.

Für die Atomlobby – gegen die Bevölkerung

Nackter Lobbyismus zugunsten der großen Vier im Strommarkt: Das ist das Ergebnis monatelanger Beratungen der schwarz-gelben Koalition zum „Energiekonzept“. Kern der Strategie: Längere Laufzeiten – alles andere ist nachrangig. Damit verschafft Merkel den vier Energiemonopolisten, selbst nach konservativen Berechnungen, Zusatzgewinne von rund 60 Milliarden Euro.



Um möglichst schnell Fakten zu schaffen, sollen die entsprechenden Gesetze in kürzester Zeit durch den Bundestag gepeitscht werden. Auch das ist angesichts der Brisanz der Gesetze ein unerhörter Vorgang.

Kernenergie als „Brückenfunktion“ bis 2050

Eine Novelle zum Atomgesetz regelt die Verlängerung der Laufzeit der 17 Kernkraftwerke in Deutschland um durchschnittlich zwölf Jahre. Die Laufzeitverlängerung der Atomkraft soll eine „Brücke“ sein, bis die erneuerbaren Energien den Hauptanteil der Energieversorgung übernehmen. Daran ist nichts richtig: Längere Laufzeiten behindern den Wettbewerb, blockieren Investitionen in neue Kraftwerke und bedrohen den Ausbau der erneuerbaren Energien. Es gibt vier Gewinner dieser Politik: E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall – alle anderen verlieren.

Selbst die Versorgungssicherheit sinkt, denn die Atommeiler werden immer störanfälliger. Was das heißt haben Wasserversorgung und Chemiefabriken in Hamburg erleben dürfen, als das AKW Krümmel wegen erneuter Probleme vom Netz ging: Tausende Haushalte hatten kein Wasser, in der Chemiefabrik ist es zu einer ernsthaften Havarie gekommen.

Zusätzlich fallen bis zu 5000 Tonnen stark radioaktiver Atommüll an – für den ein Endlager nach wie vor fehlt.

Sicherheitsanforderungen verschlechtert

In einer zweiten Novelle des Atomgesetzes werden Sicherheitsanforderungen an die Atomkraftwerke ergänzt – im Vergleich zum heutigen Stand aber verschlechtert. Den fortschreitenden Stand von Wissenschaft und Technik stellt Röttgens Entwurf unter den Vorbehalt, dass solche Maßnahmen „angemessen“ sein müssen. Das ist weniger als wir heute haben. Röttgen macht auch hier den Weg für einen profitiblen Betrieb der Atomkraftwerke frei.

Der Atomdeal geht aber noch weiter: Die Kosten für Sicherheitsnachrüstungen werden pro Meiler auf 500 Millionen Euro begrenzt. Was darüber hinausgeht, wird von den zugesagten Zahlungen der Atomkonzerne für einen Energiefonds abgezogen. Die Betreiber finanzieren solche Maßnahmen also dadurch, dass sie an anderer Stelle Geld einsparen. Das ist Lobbyismus pur!

Darüber hinaus soll es wieder Enteignungen geben können, falls Eigentümer Erforschung und Errichtung von Endlagern auf ihrem Grund verweigern. Diese Vorschrift hatte Rot-Grün ersatzlos gestrichen. Jetzt soll sie wieder aufgenommen werden. Das hält Norbert Röttgen offenbar für das von ihm zugesagte transparente Verfahren, an dem die örtliche Bevölkerung beteiligt wird.

Kampf gegen den Atomdeal

Beide Gesetzentwürfe sind so formuliert, dass sie nicht zustimmungsbedürftig sein sollen. Daran gibt es ernste Zweifel. CDU/CSU und FDP haben aber keine Mehrheit mehr im Bundesrat. Was folgt daraus? Verfassungsrechtliche Bedenken sind egal – Hauptsache die längeren Laufzeiten kommen ins Gesetzblatt. Das lassen wir nicht zu! Daher wird eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht vorbereitet.

Und eins ist auch klar: Die Atomkraft-Konzerne haben ihr Wort gebrochen! Damit fallen sie als verlässliche Partner aus. Wer Verträge und Absprachen bricht, der hat jedes Vertrauen verspielt. Sobald die SPD wieder an die Regierung kommt, wird der heutige Zustand wieder hergestellt. Es bleibt also beim Atomausstieg! Allerdings dürfen die Konzerne nicht mehr auf die Rahmenbedingungen hoffen, die sie bisher hatten.

Ein Jahr Schwarz-Gelb: Ein verlorenes Jahr für Deutschland

Vor einem Jahr haben Union und FDP die Regierungsgeschäfte übernommen. Die Bilanz nach zwölf Monaten zeigt: Es war ein verlorenes Jahr für Deutschland. Große Chancen für unser Land bleiben ungenutzt. Statt Verantwortung zu übernehmen, ist Schwarz-Gelb zum Synonym für beispiellosen Lobbyismus geworden. Der von Angela Merkel inszenierte „Herbst der Entscheidungen“ ist ein Herbst der Klientelpolitik. Die Folge: Schwarz-Gelb spaltet die Gesellschaft und gefährdet die Demokratie.

Was bleibt von einem Jahr Schwarz-Gelb? Der Rückblick zeigt Orientierungslosigkeit, innere Zerrissenheit und Entscheidungsunfähigkeit ebenso wie Taktiererei und Heuchelei. Die Koalition hat keine Leitidee, keine Orientierung und keine übergeordnete Vorstellung von Gemeinwohl.



Foto: photothek.net/Thomas Trutschel

Union und FDP nehmen die Verantwortung für die Zukunft unseres Landes nicht wahr. Im zurückliegenden Jahrzehnt ist Deutschland weit gekommen. Die ermutigenden Zeichen konjunktureller Erholung und sinkender Arbeitslosigkeit zeigen Erfolge der Reformpolitik der letzten Jahre. Jetzt aber bleiben große Chancen ungenutzt. Weitere Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt sind möglich, doch Schwarz-Gelb legt Investitionen lahm, spart die Arbeitsvermittlung kaputt und kapituliert im Kampf gegen Langzeitarbeitslosigkeit. Sozialer Ausgleich ist nötig, doch Schwarz-Gelb belastet die Schwachen und bedient die Starken. Die Energiewende ist greifbar, doch Schwarz-Gelb sabotiert den Atomausstieg und stellt die Weichen zurück in die Vergangenheit.

Statt die Zukunft zu gestalten, bedient Schwarz-Gelb Lobbyinteressen und Klientelgruppen: Wohlhabende, Atomkonzerne, Pharmaindustrie. Im Gegenzug: steigende Belastungen für gesetzlich Krankenversicherte, Einschnitte bei Arbeitslosen und Familien, offener Bruch des zentralen Wahlversprechens „mehr Netto vom Brutto“. Hinzu kommt die Kapitulation vor der Macht der Finanzmärkte.

Chronik eines Regierungsversagens in fünf Phasen

Herbst 2009: Abenteuerlicher Fehlstart

Als auf Union und FDP im Herbst 2009 die Regierungsgeschäfte zukommen, sind sie auf das Regieren nicht vorbereitet. Schon in den Koalitionsverhandlungen herrscht blanker Dilettantismus. Kaum etwas wird geregelt, vieles versprochen, viele Entscheidungen vertagt. Kanzlerin Merkel gibt eine Regierungserklärung ab, die nichts erklärt: Keine Erklärung, wie die Verursacher der Finanzmarktkrise an den Folgekosten beteiligt werden sollen. Keine Erklärung, wie Schwarz-Gelb milliardenschwere Steuergeschenke auf Pump finanzieren will. Schwarz-Gelb steht ohne Orientierung vor einem finanz- und wirtschaftspolitisch schwierigen Jahr.

Kaum einen Monat nach Amtsantritt der erste Rücktritt im Kabinett Merkel: Franz Josef Jung muss als ehemaliger Verteidigungsminister die Verantwortung für schwere Versäumnisse bei der Information des Parlaments über den Luftangriff in Kundus vom 4. September übernehmen.

Winter 2009/10: Auftakt zur Klientelpolitik

Mit dem sogenannten Wachstumsbeschleunigungsgesetz und anderen Maßnahmen machen Union und FDP den Auftakt für eine beispiellose Klientelpolitik: Schwarz-Gelb verteilt Steuergeschenke für Hoteliers, Unternehmer und reiche Erben in Milliardenhöhe. Die Folge: Keine Wirkung für Wachstum, stattdessen mehr Schulden bei den Kommunen.

Insgesamt verursachen die schwarz-gelben Steuergeschenke Mindereinnahmen für Bund, Länder und Gemeinden von gut 10 Milliarden Euro pro Jahr. Die Kommunen müssen Verluste von 2,2 Milliarden Euro

verkräften. Das Versprechen von der „Bildungsrepublik“ erweist sich als leere Worthülse. Schwarz-Gelb schlägt denjenigen, die in Bildung investieren müssen, dauerhafte Löcher in den Haushalt.

Doch vor allem die „Ein-Thema-Partei“ FDP wird nicht müde, weiter massive Steuersenkungen zu versprechen – ohne erklären zu können, wie diese finanziert werden sollen.

Frühjahr 2010: Angst vor der NRW-Wahl – Nichtregierungsorganisation Merkel

Im ersten Halbjahr 2010 verweigert die Regierung Merkel die Arbeit. Alle Entscheidungen werden vertagt. Kommissionen werden einberufen, um Beschlüsse aufzuschieben. Der Grund ist einfach: Union und FDP fürchten die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen.

Die Medien schreiben über die „Nichtregierungsorganisation Merkel“. In der Koalition herrscht Chaos und Dauerstreit. Im Frühjahr entzieht die Mehrheit der Deutschen der Koalition das Vertrauen. Die FDP fällt auf 5 Prozent.

In der Griechenland- und Eurokrise versagt die Regierung Merkel dramatisch. Die Kanzlerin will unangenehme Wahrheiten bis nach der NRW-Wahl verschleppen, treibt damit das Risiko für den Steuerzahler nach oben und isoliert Deutschland in der EU. Bei der Frage nach finanziellen Hilfen für Griechenland geht Schwarz-Gelb an die Grenzen des politischen Betrugs: Vor der Wahl wird gesagt: 22,4 Milliarden Euro Garantien – und keinen Cent mehr. Bereits zwei Tage nach der Wahl wächst die Kreditbürgschaft auf 147 Milliarden Euro an.

Das schwarz-gelbe Kalkül geht nicht auf: Die Wahlen in NRW werden für CDU und FDP ein Debakel. Merkel erteilt den versprochenen Steuersenkungen eine Absage. Westerwelle und die FDP stehen blamiert und mit leeren Händen da. Die schwarz-gelbe Netto-Lüge ist offenkundig.

Sommer 2010: Wahl des Bundespräsidenten – Parteitaktik über alles

Ende Mai tritt Bundespräsident Horst Köhler überraschend zurück. Die öffentliche Stimmung mit dem Vertrauensverlust in die schwarz-gelbe Koalition weckt den Wunsch nach einem überparteilichen Nachfolger. SPD und Grüne schlagen Joachim Gauck vor, der sich gerade nicht in ein koalitionsstaktisches Kalkül fügt. Die Medien urteilen: der „bessere Präsident“.

Am Ende kommt Merkel beschädigt aus den erforderlichen drei Wahlgängen. Zu viele im schwarz-gelben Lager hatten ihr einen Denkkzettel verpassen wollen. Vor allem aber hat sie nicht die Kraft und Souveränität aufbringen können, anders als parteitaktisch zu agieren.

Sommer 2010: Soziale Spaltung und Klientelpolitik

Mit dem Bundeshaushalt 2011 und den Haushaltsbegleitgesetzen legt Schwarz-Gelb ein Handbuch der sozialen Spaltung vor: Belastung von Schwachen und Familien, Schonung der Wirtschaft und Wohlhabenden. Parallel dazu treiben Union und FDP die Bedienung der eigenen Klientel voran. Ob Haushalts-, Sozial-, Gesundheits- oder Atompolitik – mit den Beschlüssen der Koalition werden neue Privilegien und Begünstigungen eingeführt, soziale Schieflagen verschärft und Zukunftschancen blockiert. Der „Spiegel“ titelt: „Aufhören!“

Im September umzingeln 100.000 Menschen das Regierungsviertel in Berlin und demonstrieren gegen den Atomkurs der Bundesregierung. Die Gewerkschaften rufen zu Massenkundgebungen gegen das schwarz-gelbe Sparpaket und die Entsolidarisierung im Gesundheitswesen auf. Die Botschaft: „Gerecht geht anders.“

Die Proteststimmung hat die Mitte der Gesellschaft erreicht. Immer mehr Menschen haben den Eindruck, dass Politik intransparent in Hinterzimmern ausgekungelt, statt demokratisch in Parlamenten ausdiskutiert wird. Union und FDP schließen Geheimdeals mit der Lobby, umgehen das Parlament und ignorieren die Verfassung.

Schwarz-Gelb gefährdet nicht nur die Solidarität in unserer Gesellschaft, sondern auch die Demokratie in unserem Land. Verantwortung für Deutschland aber hieße, die Kraft der gemeinsamen Anstrengungen zu wecken und den Aufschwung zu nutzen, um Deutschland zu erneuern.

Verpasste Chancen für Deutschland

Keine Regierung hat innerhalb so kurzer Zeit so viele Chancen ungenutzt gelassen, so viele Versprechen gebrochen und so rapide an Glaubwürdigkeit verloren wie die Koalition aus CDU/CSU und FDP. Der schwarz-gelbe Koalitionsvertrag ist nichts mehr wert. Reden und Handeln klaffen meilenweit auseinander. Einige Beispiele:

Verpasste Chancen für Wachstum und Beschäftigung

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP eine „Strategie für nachhaltiges Wachstum“ sowie „Arbeitschancen“ und „Wohlstand für alle“ versprochen.

Fakt ist aber: Schwarz-Gelb hat kein Konzept für Vollbeschäftigung und nachhaltiges Wachstum. Öffentliche Investitionen werden gekürzt, private Investitionen gefährdet, die Kaufkraft der Menschen geschwächt. Drastische Kürzungen bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik blockieren die Teilhabe von Menschen an guter Arbeit und am wirtschaftlichen Aufschwung.

Verpasste Chancen bei der Konsolidierung des Bundeshaushalts

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, „die im Grundgesetz neu verankerte Schuldenbremse“ umzusetzen und „eine generationengerechte Finanzpolitik“ zu praktizieren.

Fakt ist aber: Das Konsolidierungspaket der Regierung enthält Luftbuchungen und Hoffnungswerte in zweistelliger Milliardenhöhe. Insbesondere in den Jahren ab 2013 überwiegen die Lücken. Bereits heute ist absehbar, dass Schwarz-Gelb im nächsten Jahr ein weiteres Sparpaket zu Lasten der Schwächeren auflegen wird.

Verpasste Chancen für bessere Bildung

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP die „Bildungsrepublik Deutschland“ versprochen.

Fakt ist aber: Schwarz-Gelb hat die Chance zu einem echten Bildungsaufbruch in Deutschland vertan. Mit ihrer klientelorientierten Steuerpolitik haben Union und FDP die Finanzausstattung von Ländern und Kommunen geschwächt, obwohl diese die Hauptverantwortung für die Bildung tragen. Ergebnis: Mit dem dritten „Bildungsgipfel“ der Kanzlerin ist auch die „Bildungsrepublik“ endgültig gescheitert. 79 Prozent der Bevölkerung halten den Begriff nur noch für eine Worthülse.

Verpasste Chancen bei der Finanzmarktregulierung

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, Initiativen zu ergreifen, „um auf europäischer

und internationaler Ebene eine Vorreiterrolle bei der Vermeidung zukünftiger Krisen wahrzunehmen“.

Fakt ist aber: Schwarz-Gelb kapituliert vor der Macht der Finanzmärkte. Statt eine Vorreiterrolle einzunehmen, wird Deutschland zum Bremser und Nachzügler. Union und FDP tragen dazu bei, dass in europäischen und internationalen Gremien die „kleinen“ Kompromisse vorherrschen. Die europäische Finanztransaktionssteuer droht im Sande zu verlaufen. Die Verursacher der Krise können weiter machen wie bisher.

Verpasste Chancen bei der Integration von Einwanderern

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, „Mitbürgerinnen und Mitbürgern aus Zuwandererfamilien alle Chancen eines weltoffenen Landes zu eröffnen.“

Fakt ist aber: Schwarz-Gelb versäumt es, die Integrationskurse ausreichend zu finanzieren. Ein Gesetz zur besseren Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse wurde mehrfach versprochen, aber immer noch nicht vorgelegt. Mit der Ablehnung der doppelten Staatsbürgerschaft hält Schwarz-Gelb an einem zentralen Integrationshemmnis fest.

Verpasste Chancen bei der Energiewende

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, „die erneuerbaren Energien konsequent auszubauen.“

Fakt ist aber: Im schwarz-gelben Energiekonzept verkommt der Ausbau der Erneuerbaren Energien zum Lippenbekenntnis. Das Erneuerbare Energiengesetz droht ausgehöhlt und deformiert zu werden. Mit der Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke gefährdet Schwarz-Gelb die Energiewende.

Verpasste Chancen bei der Lösung globaler Probleme

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, die neuen internationalen Herausforderungen anzunehmen und „die damit verbundenen Verpflichtungen in Verantwortung“ zu erfüllen.

Fakt ist aber: Schwarz-Gelb setzt das Ansehen und die Glaubwürdigkeit unseres Landes aufs Spiel.

Bis heute gibt es mit Blick auf die internationalen Konflikttherde (Naher Osten, Iran, Afghanistan) keine einzige außenpolitische Initiative von Gewicht. Bei der Entwicklungszusammenarbeit bricht Deutschland internationale Zusagen. Beim internationalen Klimaschutz hat Schwarz-Gelb die deutsche Vorreiterrolle aufgegeben.

Schwarz-gelber Lobbyismus

Unter Schwarz-Gelb greifen einflussreiche Lobbygruppen wie nie zuvor nach der Macht. Der Staat wird zur Beute. Angela Merkel hat sich als Klientelkanzlerin entpuppt.

Milliardengeschenke für die Atomlobby

Mit der Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken verteilt Schwarz-Gelb Milliardengeschenke an die Atomkonzerne. Sie können mit bis zu 100 Milliarden Euro Zusatzgewinn rechnen. Trotzdem diktiert die Lobby die Bedingungen: Die Abgabe von 15 Milliarden Euro, die die Konzerne über 30 Jahre für den angekündigten Energie- und Klimafonds entrichten, ist kaum mehr als ein Feigenblatt. Zudem ist die Abgabe steuerlich absetzbar. Schwarz-Gelb erlaubt den Konzernen, die Abgabe mit Kosten für Sicherheitsnachrüstungen zu verrechnen. Die angekündigte Brennelementesteuer fällt niedriger aus als versprochen – und wird zeitlich auf sechs Jahre begrenzt.

Mit dem hinter verschlossenen Türen ausgekugelten Deal mit der Atomlobby macht Kanzlerin Merkel Politik am Parlament vorbei. Ihre Absicht, den Vertrag mit den Konzernen geheim zu halten, spricht für sich. Ihr Plan, den Bundesrat zu umgehen, ist ein glatter Verfassungsbruch.

Lobbygeschenke für Pharmaindustrie und die Private Krankenversicherung

FDP-Minister Rösler verteilt Lobbygeschenke an die Privaten Krankenkassen und an die Pharmaindustrie – und kündigt mit einem Handstreich das Solidaritätsprinzip in der Gesundheitsversorgung auf. Alle Kostensteigerungen im Gesundheitssystem werden in Zukunft einseitig auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie auf Rentnerinnen und Rentner abgewälzt. Sie haben keine Lobby. Die Privaten Krankenkassen werden dagegen massiv begünstigt. Die Pharmaindustrie erhält die Garantie auf Profite – zu Lasten der Versichertengemeinschaft.



Foto: photohek.net/Thomas Köhler

Steuergeschenke für Hoteliers

Mit der Absenkung des Mehrwertsteuersatzes auf Hotelübernachtungen schenkt Schwarz-Gelb Hoteliers rund eine Milliarde Euro - Jahr für Jahr. Das hat eine Vorgeschichte: Die Firma eines Mit-eigentümers der Mövenpick Gruppe hatte im Jahr vor der Wahl über eine Million Euro an die FDP gespendet. Auch die CSU hatte Geld bekommen.

Lobbyinteressen vor Verbraucherschutz

Schwarz-Gelb weigert sich, Hersteller und Handel in die Verantwortung zu nehmen, wo es um die Information der Kunden geht. Informationsanspruch? Fehlanzeige. Auch beim Kinderspielzeug wird lieber die Gesundheit der Kinder riskiert, als Duftstoffe, Weichmacher und andere Bestandteile im Spielzeug zu verbieten, die nicht nachweislich ungiftig sind.

Arbeitgeberinteressen vor Arbeitnehmerdatenschutz

Lidl, Deutsche Bahn, Telekom, Burger King – skandalöse Überwachungsfälle von Arbeitnehmern durch ihre Arbeitgeber häufen sich. Ein von Schwarz-Gelb vorgelegter Gesetzentwurf zieht daraus keine Lehren: Unter dem „Schutz“ des neuen Gesetzes finden sich Arbeitnehmer unter Beobachtung von Videokameras wieder, können mittels GPS-Systemen jederzeit geortet werden und müssen ertragen, dass ihr Arbeitgeber ihre E-Mails liest. Die Lobby der Arbeitgeber hat sich durchgesetzt.

Fazit

Die Liste lässt sich fortsetzen. Unter Union und FDP entsteht eine Republik der Privilegien für Klientel- und Lobbygruppen. Noch nie hat sich das Kanzleramt derart zum Handlanger einflussreicher Interessensverbände gemacht. Die Regierungszentrale ist zu einem Hinterzimmer für Lobbyisten geworden.

Bundshaushalt 2011: Soziale Spaltung mit fiskalischen Mitteln

Die Fortsetzung der sozialen Spaltung mit fiskalischen Mitteln – das ist der Kern des Haushalts, den die Bundesregierung dem Parlament vorgelegt hat. Sie kürzt bei den Schwachen und verteilt neue Privilegien an die wirtschaftlich Starken. Die Koalition schneidet scharf in den Sozialhaushalt und kürzt bei der Integrationspolitik, präsentiert aber eine riesige Blase von Luftbuchungen, wo es zum Beispiel um die Beteiligung der Finanzwirtschaft geht. Schwarz-Gelb ist die Koalition der Klientelpolitik und verletzt auf fundamentale Weise die Gerechtigkeit.

Über einen Trick versucht Bundesfinanzminister Schäuble sogar, sich für die kommenden Jahre die Möglichkeit zu höheren Schulden als grundgesetzlich zulässig zu erhalten, um seine Klientel weiter bedienen zu können, wenn es auf die nächste Wahl zugeht.

Eckdaten des Haushalts

Der Bund soll im kommenden Jahr 307,4 Milliarden Euro ausgeben dürfen. Das sind 12,1 Milliarden Euro weniger als in diesem Jahr. Die Nettoneuverschuldung soll im kommenden Jahr 57,5 Milliarden Euro betragen. In diesem Jahr sind dafür 80,2 Milliarden Euro vorgesehen. Laut Finanzplan 2010 bis 2014 soll die Neuverschuldung in diesem Jahr um rund 15 Milliarden Euro geringer ausfallen als eingeplant, weil die Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt wesentlich positiver ist als erwartet. Das ist übrigens ein Ergebnis der maßgeblich von den SPD-Ministern in der Großen Koalition konzipierten Stabilisierungsmaßnahmen und Konjunkturpakete, vor allem des Schuttschirms für Arbeitnehmer.

Schuldenbremse zur Begrenzung der Neuverschuldung

Mit diesem Haushalt 2011 muss die Bundesregierung erstmals die 2009 neu im Grundgesetz eingeführte Schuldenregel berücksichtigen. Der neu gefasste Art. 115 Abs. 2 GG gibt Bundesregierung und Parlament auf, dass ab 2016 die strukturelle Neuverschuldung des Bundes 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht übersteigen darf. In konjunkturell schlechteren Zeiten ist zwar eine höhere Neuverschuldung erlaubt, in konjunkturell besseren und guten Zeiten wird aber deren stärkere Rückführung durch verschärfte Sparanstrengungen oder Mehreinnahmen verlangt.

Bis 2016 müssen die Schulden um etwa 7 Milliarden Euro pro Jahr zurückgeführt werden. Diese grundgesetzliche Verpflichtung ist eine unverrückbare Linie auf dem Weg zurück zu einer vertretbaren und verantwortbaren Staatsverschuldung. Die Ausgestaltung bleibt aber Sache der politisch Handelnden

– dazu bedarf es gerechter und solidarischer Grundsätze und eines klaren Kurses.

Sparpaket – Handbuch der sozialen Spaltung

Die schwarz-gelbe Koalition hat mit ihrem „Sparpaket“ ihre Vorschläge vorgelegt. Sie sind eine Kampfansage an die Prinzipien der gerechten Lastenverteilung. Das Sparpaket in Form des Haushaltsbegleitgesetzes ist das Papier nicht wert auf dem es steht. Bedingt durch das schwarz-gelbe Dauerchaos ist bei der Kernbrennstoffsteuer, Luftverkehrsabgabe und den geplanten Kürzungen im Bereich der Ökosteuer überhaupt noch nicht klar, ob die Mittel am Ende tatsächlich fließen und somit zur Haushaltskonsolidierung beitragen. Im Finanzplan stehen auch Einnahmen aus einer Finanztransaktionssteuer, von der der Bundesfinanzminister öffentlich sagt, er wolle sie gar nicht.

Die Alternative: Gerecht sparen, wachstumsorientiert konsolidieren

Die Rückführung der Neuverschuldung kann nur mit den Menschen gelingen und nicht gegen sie. Nur wenn die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger überzeugt von Notwendigkeit und Maßnahme ist, kann Konsolidierungspolitik erfolgreich sein. Nur wenn starke Schultern mehr tragen als schwache, kann Schuldenabbau gerecht sein. Nur wenn wir Zukunftsaufgaben finanzieren, kann Konsolidierung dauerhaft und nachhaltig sein. Für uns sind soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Zukunftsinvestitionen maßgeblich für jede konkrete Maßnahme. Schuldenreduzierung muss ökologisch sinnvoll und ökonomisch klug sein. Nur bei ökologisch und ökonomisch kluger Ausrichtung wird aus nachhaltiger Schuldenreduzierung eine wachstumsorientierte Konsolidierungspolitik.

Für die SPD hat die Konsolidierung der Staatsfinanzen und die Einhaltung der Schuldenbremse politische Priorität. Fatal ist, wie die Bundesregierung durch die soziale Schiefelage des Sparpakets die gesellschaftlich vorhandene Akzeptanz für die Konsolidierung zerstört.

Mindestlohn in der Weiterbildungsbranche

Die Weiterbildung bleibt ein Paradies für unseriöse Billiganbieter - dank Frau von der Leyen. Das Nein der Regierung zum Mindestlohn in der Weiterbildung ist ein Skandal - und völlig unnötig dazu. Es gab keinerlei Widerstand gegen diesen Tarifvertrag, es gibt keinen konkurrierenden Tarifvertrag. Sogar die Bundesanstalt für Arbeit hat bereits mit der Allgemeinverbindlichkeitserklärung gerechnet und ihre Ausschreibungsbedingungen entsprechend angepasst. Nun heißt es: Außer Spesen nix gewesen.

Die Regierung hat offenbar keine Ahnung von der Öffentlichkeit, wenn sie am Vorliegen eines öffentlichen Interesses zweifelt. Ursula von der Leyen zeigt damit wieder einmal, dass man sich nicht auf ihre Aussagen verlassen kann. Der ständige Verweis auf die Bedeutung von Bildung ist nichts als heiße Luft. Gute Bildung braucht Qualität. Qualität hat ihren Preis. Das gilt immer, aber vor allem auch bei den Bildungsanbietern im SGB II und SGB III.

Mit einer Rechtsverordnung nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) würden insbesondere „Hunperlöhne“ beseitigt und zunächst eine „Mindestlohnbasis“ für die Beschäftigten in der geförderten Weiterbildung nach SGB II und III geschaffen. Nur so kann ein hohes Qualitätsniveau gerade bei der arbeitsmarktpolitisch motivierten Aus-, Fort- und Weiterbildung sichergestellt werden. Wir haben die Bundesregierung im Bundestag mit unserem Antrag „Mindestlohn für die Weiterbildungsbranche“ aufgefordert, dem Antrag der tarifschließenden Parteien von Mai 2009 zu entsprechen und eine Rechtsverordnung über das Mindestentgelt für die nach SGB II und SGB III geförderte Weiterbildung noch in diesem Jahr zu erlassen.

Bankenabgabe = Alibiabgabe

Mit dem sog. Restrukturierungsgesetz will die schwarz-gelbe Bundesregierung Entschlossenheit bei der Bewältigung von Schieflagen im Bankensektor demonstrieren. Bei den Regelungen zur Restrukturierung von Banken schmückt sich die Bundesregierung aber mit fremden Federn. Und bei der vorgeschlagenen Bankenabgabe handelt es sich um ein Alibi.

Mit dem Reorganisationsverfahren für angeschlagene Banken setzt die Bundesregierung auf den Vorschlägen auf, die die beiden damaligen SPD-Bundesminister Zypries und Steinbrück im August letzten Jahres vorgelegt haben. In ihrem Gesetzentwurf übernimmt die Bundesregierung sowohl die Einführung eines besonderen außerinsolvenzrechtlichen Sanierungsverfahrens als auch Maßnahmen zur Erweiterung der staatlichen Eingriffsmöglichkeiten.

Bei der Bankenabgabe erweist sich die Bundesregierung als uneinsichtig. Trotz massiver Kritik, u.a. ihrer eigenen Experten in der Issing-Kommission, soll es bei einer Mini-Bankenabgabe mit einem Aufkommen von höchstens einer Milliarde Euro bleiben. Das Aufkommen ist viel zu gering, um damit den Finanzbedarf bei der Restrukturierung systemrelevanter Banken decken oder die Geschäftspolitik der Bankenvorstände beeinflussen zu können. Je nachdem welches notwendige Volumen man für den Bankenrettungsfonds zugrunde legt, wird die Bankenabgabe bei einem durchschnittlichen Aufkommen von etwa 800 Millionen Euro jährlich erst in 62 oder 150 Jahren einen wirksamen Schutz gegen eine erneute Bankenkrise bieten.

Wir fordern den Bundesfinanzminister und die Kanzlerin auf, die Bankenabgabe nicht zum Vorwand zu nehmen, bei der Durchsetzung einer Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene nachzulassen. Erst mit einer Finanztransaktionssteuer leistet die Finanz- und Bankenbranche ihren angemessenen Anteil an der Finanzierung der Krisenkosten.

Offensive für mehr Freiwilligkeit

Das Aussetzen der Wehrpflicht ist nur noch eine Frage der Zeit. Es wird sich unmittelbar auf den Zivildienst auswirken, ist er doch als Ersatz für den Wehrdienst konzipiert. Die SPD-Bundestagsfraktion will die anstehenden Umstrukturierungen nutzen, um freiwilliges bürgerschaftliches Engagement zu fördern und die Zivilgesellschaft zu stärken. Doch Familienministerin Schröder ist drauf und dran, diese Chance eigensinnig zu verspielen.

Ausbau der Freiwilligendienste

Unsere Antwort auf den Wegfall des Zivildienstes lautet: konsequenter Ausbau der Jugendfreiwilligendienste. Freiwilligendienste werden heute schon stark nachgefragt. Auf einen Platz kommen mindestens zwei Bewerbungen. Deshalb wollen wir jeden Euro, der durch den Wegfall des Zivildienstes frei wird, in den Ausbau der Jugendfreiwilligendienste stecken. Dann können wir jedem interessierten jungen Menschen einen Platz anbieten.

Dass Jugendfreiwilligendienste an die Stelle des wegfallenden Zivildienstes treten, ist machbar. FSJler werden ohnehin überall dort eingesetzt, wo wir auch Zivildienstleistende antreffen: in Krankenhäusern und Pflegeheimen ebenso wie in Kitas oder der Behindertenhilfe.

Dienste attraktiver machen

Noch mehr junge Menschen können wir gewinnen, wenn wir die Freiwilligendienste zum Bildungsdienst weiter entwickeln. Warum nicht ein Freiwilliges Soziales Jahr als Berufspraktikum anrechnen? Oder mit einem Freiwilligen Ökologischen Jahr die Wartesemester für ein Umwelttechnologiestudium abtragen? Vieles ist denkbar, um die Dienste attraktiver zu machen.

Bundesministerin Schröder setzt mit ihrem „freiwilligen Zivildienst“ auf einen staatlichen Dienst und damit auf das völlig falsche Pferd. Damit verstellt sie den Weg zu einer stärkeren Zivilgesellschaft.

Wenn es nach Schröder geht, sollen neben dem „freiwilligen Zivildienst“ die Jugendfreiwilligendienste bestehen bleiben. Teure und überflüssige Doppelstrukturen sind die Folge. Wie sich das mit einer sparsamen Haushaltsführung und mit Bürokratieabbau vereinbaren lässt, bleibt das Geheimnis der Ministerin. Noch schlimmer ist, dass diese

Doppelstrukturen die Jugendfreiwilligendienste in ihrer Existenz gefährden. Denn zwei Dienste lassen sich auf Dauer nicht halten. Das Nachsehen werden die Freiwilligendienste haben, solange der Bund mit seiner dicken Finanzspritze vor allem den „freiwilligen Zivildienst“ am Leben hält.

Rote Karte für freiwilligen Zivildienst

Ministerin Schröder kann nicht überzeugend klären, warum sie nicht mit uns auf den Ausbau der Jugendfreiwilligendienste setzt. Es erhärtet sich der Verdacht, dass es ihr weniger um eine sinnvolle Anschlusslösung für den wegfallenden Zivildienst geht. Vielmehr scheint Schröder eigene Aufgabenbereiche und Einflussmöglichkeiten für sich sichern zu wollen. Denn die hat sie beim Zivildienst sehr viel stärker als bei den Jugendfreiwilligendiensten.

Zu Recht lassen die Länder das Ränkespiel der Ministerin nicht einfach durchgehen. Rheinland-Pfalz hat einen eigenen Antrag in den Bundesrat eingebracht, mit dem es den Plänen von Schröder eine Absage erteilt. Auch bei CDU/CSU, Wohlfahrtsverbänden und Trägern gibt es vernehmliche Kritik. Damit haben gewichtige Akteure große Bedenken im Hinblick auf den „freiwilligen Zivildienst“ von Schröder. Wenn die Familienministerin politischen Mut besitzt, nimmt sie eine Kurskorrektur vor und macht damit den Weg frei für eine Stärkung von Freiwilligkeit und Zivilgesellschaft.

Das Positionspapier zur Zukunft von Wehr- und Zivildienst: www.spdfraktion.de



Maklerkosten gerecht verteilen

In dem von der SPD-Bundestagsfraktion am 6. Oktober 2010 in den Bundestag eingebrachten Antrag „Maklerkosten gerecht verteilen“ fordern wir, dass die von Immobilienmaklern in Rechnung gestellte Courtage zukünftig von Vermietern und Mietern je zur Hälfte getragen wird. Bei der Vermittlung von Mietwohnungen wird der Makler zwar regelmäßig vom Vermieter beauftragt, die Kosten des Maklers trägt jedoch fast ausnahmslos der Mieter.

In großen Städten erfolgt die Vermittlung von Mietwohnungen hauptsächlich über Makler, obwohl dies insbesondere bei Wohnhäusern mit Hausverwaltung häufig nicht erforderlich wäre. Die Hemmschwelle des Vermieters, einen Makler mit der Vermittlung einer Mietwohnung zu beauftragen, ist aufgrund der Kostentragungspflicht des Mieters niedrig. Bei einem großen Leerstand an Mietwohnungen reguliert der Markt das Phänomen, d.h. die Anbahnung des Vertrags erfolgt häufiger direkt über den Vermieter oder die Verwaltung. Die Leerstandsquoten sind jedoch regional unterschiedlich und unterliegen Veränderungen, so dass wir eine gesetzliche Regelung brauchen.

Bei der erfolgreichen Vermittlung einer Mietwohnung darf der Makler zwei Nettomieten zuzüglich Umsatzsteuer verlangen. Mietinteressenten haben häufig Probleme damit, eine Courtage in dieser Höhe zu leisten. Der Arbeitsmarkt erfordert jedoch sowohl von Arbeitnehmern als auch von Arbeitssuchenden hinsichtlich des Wohnorts große Flexibilität. Angesichts der hohen Vermittlungskosten und aufgrund der Tatsache, dass der Makler auch im Interesse des Vermieters tätig wird, sind Vermieter und Mieter zu gleichen Teilen an den Kosten des Maklers zu beteiligen. Entsprechendes gilt für Verkäufer und Käufer von Wohneigentum.

Konsens nicht um jeden Preis

Die Arbeit im Parlamentarischen Beirat für Nachhaltige Entwicklung (PBNE) ist geprägt von dem Bestreben zum Wohle einer nachhaltigen Entwicklung unserer Gesellschaft zu arbeiten, über die Fraktionsgrenzen hinweg, nach dem sogenannten „konsensualen Prinzip“. Diese fraktionsübergreifende Zusammenarbeit wird jedoch zunehmend schwieriger.

Immer häufiger zeigen sich Trennungslinien auf, die nur sehr schwer überbrückt werden können. Dies wurde insbesondere beim Erstellen des Positionspapier zu der im Juni stattgefundenen Anhörung „Wachstumspotenzial Umwelttechnologien“ deutlich. Die Mehrheit der geladenen Sachverständigen kritisierte die aktuelle Politik der Bundesregierung in diesem Bereich als kontraproduktiv und nicht ausreichend. Diese Wahrnehmung der Anhörung wurde jedoch nicht von allen PBNE-Mitgliedern geteilt, so dass es nicht möglich war, die Stellungnahme im Konsens um diesen Punkt zu erweitern.

Auch bei der Nachhaltigkeitsprüfungsbewertung gibt es zunehmend Differenzen. Seit Beginn der neuen Legislatur ist die Bundesregierung verpflichtet, alle Gesetzentwürfe von Bundesrat und Bundesregierung auf Nachhaltigkeit zu prüfen. Dies erfolgt anhand der Indikatoren der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Doch zum einen findet diese formale Prüfung in vielen Fällen seitens der Ministerien nur unzureichend statt, zum anderen bindet die Bewertung dieser Prüfung durch die Mitglieder des PBNE zu viel Zeit. Derzeit liegen auch noch keine Erkenntnisse vor, wie die Fachausschüsse mit den Stellungnahmen des PBNE verfahren.

Der Parlamentarische Beirat muss unseres Erachtens darauf achten, dass die Bewertungen nicht zu einem Feigenblatt für die Bundesregierung werden. Der SPD-Bundestagsfraktion ist es nach wie vor wichtig die Bundesregierung zu nachhaltiger Politik anzuhalten. Wichtiger als eine formale Prüfung wäre deshalb eine inhaltliche.

Merkel täuscht und enttäuscht die Weltgemeinschaft

Große Hoffnungen hatten sich mit dem UN-Millenniumsgipfel verbunden, zu dem vom 20. bis 22. September über 120 Staats- und Regierungschefs aus aller Welt in New York zusammentrafen. Die Erwartungen auf Seiten der Entwicklungsländer waren hoch, dass der Gipfel einen konkreten Aktionsplan verabschieden würde, wie die Millenniumsentwicklungsziele zur weltweiten Armutsbekämpfung bis 2015 trotz einer bislang zwiespältigen Bilanz noch erreicht werden können.

Leere Versprechen der Kanzlerin auf dem Millenniumsgipfel

Die Erwartungen wurden enttäuscht. Insbesondere der Auftritt der deutschen Bundesregierung hat viele Hoffnungen zunichte gemacht. Bundeskanzlerin Merkel ist mit leeren Händen zum Gipfel gereist. Die Versprechen, die sie dort abgegeben hat, werden somit leere Versprechen bleiben.

Wenn es in der internationalen Zusammenarbeit einen roten Faden in der Politik dieser Bundesregierung gibt, dann den, dass sie fortlaufend ihr Wort bricht. Ohne mit der Wimper zu zucken hat die Bundeskanzlerin in ihrer Gipfel-Rede erneut vollmundig die Parole ausgegeben, die Bundesregierung strebe weiter das 0,7-Prozent-Ziel des ODA-Stufenplans (Official Development Assistance, Europas Verpflichtung zur Entwicklungsfinanzierung) an, wohlwissend, dass sie diese Zusage nicht einhalten wird. Nur eine Woche zuvor hatte die Regierung einen Haushaltsentwurf eingebracht, der ab 2012 erhebliche Kürzungen der Entwicklungsgelder vorsieht. Das passt nicht zusammen: Man kann nicht auf der einen Seite schöne Versprechen geben und auf der anderen Seite die Mittel kürzen. Merkel hat unsere internationalen Partner vorsätzlich getäuscht und damit das Ansehen Deutschlands in der Welt nachhaltig ramponiert.

Deutschlands Wort zählt nicht mehr

Wie sehr diese Regierung unsere Glaubwürdigkeit auf internationalem Parkett bereits beschädigt hat, konnte man in New York im Verlauf einer Diskussion erleben, an der auch die Bundeskanzlerin teilgenommen hat. Nachdem sie ausführlich die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise für die Nichteinhaltung deutscher Finanzausgaben im laufenden Jahr verantwortlich gemacht hatte, nahm sich der britische Entwicklungsminis-



Foto: photothek.net/Thomas Trutschel

ter das Mikrofon und sagte an Merkel gewandt: „Deutschland meint, es konnte seine Versprechen zur Steigerung der Entwicklungshilfe wegen der Krise nicht einhalten. Wir in Großbritannien sind von der Krise viel schlimmer betroffen und ich kann Ihnen versichern, dass wir uns trotzdem an die Abmachungen halten. Wir wollen nicht, dass die Finanzkrise auf dem Rücken der ärmsten Menschen ausgetragen wird.“ Touché – darauf wusste die abgekanzelte Kanzlerin nichts mehr zu sagen.

Durch Verweigerungshaltung isoliert

Geradezu peinlich ist es da, dass Angela Merkel von den Entwicklungsländern gute Regierungsführung einfordert. Die Forderung ist zwar richtig, aber Merkel sollte sich an die eigene Nase fassen. Wer von anderen gute Regierungsführung verlangt, muss sich zuallererst an seine eigenen Zusagen halten. In New York wurde einmal mehr deutlich, dass sich Deutschland mit seiner Verweigerungshaltung bei multilateralen Initiativen in der Staatengemeinschaft mehr und mehr isoliert. Es sorgt auf internationalen Konferenzen zunehmend für Kopfschütteln, dass für den deutschen Entwicklungsminister erfolgreiche Projekte nur solche sind, auf denen am Ende ein deutsches Fähnchen weht. Diese Einengung auf bilaterale Projektitis entspricht nicht den Anforderungen einer globalisierten Welt mit all ihren Problemen.

Da passt es ins Bild, dass Niebel dem von allen Experten gelobten Globalen Fonds zur Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderer Krankheiten über 2012 hinaus die Mittel streichen wollte. In dieser Frage immerhin hat die Bundeskanzlerin ihren Minister ausgebremst und die weitere deutsche Unterstützung zugesagt. Bleibt zu hoffen, dass sie wenigstens dieses Versprechen einhält.

Personalien



Axel Schäfer neuer stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Axel Schäfer (55) ist neuer stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. Der Abgeordnete aus Bochum wird für Angelegenheiten der Europäischen Union und Petitionen zuständig sein. Bisher war er Sprecher der Arbeitsgruppe Europa. Er folgt auf Angelica Schwall-Düren, die als Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien in die nordrhein-westfälische Landesregierung gewechselt ist.



Kerstin Griese, Nachrückerin für Angelica Schwall-Düren

Kerstin Griese rückt für Angelica Schwall-Düren in den Bundestag nach. Die 43-Jährige aus Nordrhein-Westfalen war bereits von 2000 bis 2009 Mitglied des Bundestages. Von 2002 bis 2009 war sie Vorsitzende des Familienausschusses.

Veröffentlichung

„Schwarz-Gelb: Klientelpolitik, Verunsicherung, Spaltung – Atomdeal gegen die Bürgerinnen und Bürger“ (Faltblatt)

„Unsere Handschrift: Mit Petitionen die Welt verändern – Das Petitionsrecht wahrzunehmen lohnt sich!“ (Faltblatt)

Die nächste Ausgabe von fraktion intern* erscheint am 22. November 2010

SPD-Bundestagsfraktion auf facebook

Seit Anfang September ist die SPD-Bundestagsfraktion mit einer eigenen Seite bei Facebook vertreten. Unterstützt uns bei dem Aufbau unserer facebook-community! Neben der Vergrößerung unseres „Freundeskreises“ hoffen wir auch auf weitere interessante Kommentare und Diskussionen. www.facebook.com/spdbundestagsfraktion

IMPRESSUM

HERAUSGEBER: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

VERANTWORTLICH: PETRA ERNSTBERGER MDB,
PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN

REDAKTION: VERA NICOLAY

TEXTE: ALEXANDER AMERSBERGER, MARION BINDER, PETRA BRÜGGEMANN, CONSTANZE CLODIUS, NICOLA HELLER, STEFAN HINTERMEIER, RUTH MÖLLER, VERA NICOLAY, OLIVER SCHMOLKE, THORSTEN SCHOLZ, MARTINA SCHMITT, RALF SITTE

ILLUSTRATIONEN UND FOTOS: BILDERBOX (S. 2, 4, 6, 13), FLORIAN JAENICKE (S. 3), THOMAS KÖHLER/PHOTOTHEK.NET (S. 9), THOMAS TRUTSCHEL/PHOTOTHEK.NET (S. 7), KLAUS VHYNALEK (TITEL)

REDAKTIONSANSCHRIFT:

SPD-BUNDESTAGSFRAKTION
- ÖFFENTLICHKEITSARBEIT -
PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN
TELEFON: 030 / 227-510 99 TELEFAX: 030 / 227-568 00
E-MAIL: REDAKTION@SPDFRAKTION.DE
INTERNET: WWW.SPDFRAKTION.DE

GRAFIK UND LAYOUT: S. VOORWINDEN / J. MILLER

DRUCK: BRAUNSCHWEIG-DRUCK

ADRESSÄNDERUNGEN UND BESTELLUNGEN

VON VERÖFFENTLICHUNGEN:
TELEFON: 030 / 227-571 33 TELEFAX: 030 / 227-568 00

E-MAIL: OEFFENTLICHKEITSARBEIT@SPDFRAKTION.DE
ODER DIREKT IM INTERNET